

Integration – Desintegration

Editorial

Joachim Becker

Die Europäische Union schien ewig. Dann zeigte sich, dass sie vorläufig ist wie andere Formen des Zusammenschlusses.

Ervin Hladnik-Milharčič (2021)

Dieses Zitat beinhaltet eine Anspielung auf andere Zeiten und eine andere Union. So hieß es in den langen Jahrzehnten einer relativ stabilen europäischen Staatsordnung „Mit der Sowjetunion auf ewige Zeiten“. Vor 30 Jahren endete mit der Endkrise des Staatssozialismus auch die Epoche der Sowjetunion. Nicht allein die Sowjetunion, auch Jugoslawien zerfiel. Die Tschechoslowakei teilte sich in die Tschechische und die Slowakische Republik auf. Im östlichen Teil Europas, aber auch im post-sowjetischen Zentralasien bedeuteten die frühen 1990er Jahre oftmals eine Zeit der staatlichen Desintegration. Mit dem Ende des europäischen Staatssozialismus und der sowjetischen Einfluss-Sphäre breiteten sich erst die Einfluss-Sphäre der Europäischen Union, dann auch die EU selbst ins östliche Europa hinein aus. Das EU-Projekt war von Beginn auf Expansion angelegt worden, und hatte mit dem Fall der Systemgrenze nun neuen Raum zur Expansion. Mit der großen Finanzkrise von 2008 ff. kam es zu einer Trendumkehr bei der territorialen Entwicklung der EU. Es wurden zentrifugale und Desintegrationstendenzen auch in der EU deutlich. Ihr erstes konkretes Ergebnis ist der Brexit. In Ländern, die, wie, Slowenien, das Herkunftsland von Ervin Hladnik-Milharčič, bereits eine Desintegrationsdynamik erlebt haben, werden solche Desintegrationstendenzen sensibler wahrgenommen. Diese Nummer des Kurswechsel spürt der Dialektik europäischer Integrations- und Desintegrationstendenzen aus polit-ökonomischen Perspektiven nach. Sie spannt dabei einen Bogen von den Desintegrationsprozessen im östlichen Europa vor drei Jahrzehnten bis zu heutigen Desintegrationstendenzen in der EU als supranationaler Form der Staatlichkeit, aber auch in europäischen Nationalstaaten wie dem Vereinigten Königreich und Spanien.

Im Nachkriegseuropa machten „kalter Krieg“ und Systemkonkurrenz Grenzänderungen zu einem Tabu. Allein die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), später Europäische Gemeinschaft (EG) expandierten. Dieses Integrationsprojekt wurde allerdings noch nicht richtig als eine neue entstehende Form der Staatlichkeit wahrgenommen. Unter das Tabu fielen die nationalstaatlichen Grenzen. Damit war die europäische Staatsordnung über Jahrzehnte stabil. In Staatsprojekten mit einem Utopie-Anspruch, wie es anfänglich für die Sowjetunion galt und in Form eines „europäischen Traums“ in gewisser Weise auch für die EU gilt, konnte dies Stabilitätserwartungen wie „mit der Sowjetunion auf ewige Zeit“ oder auch einer „immer tieferen Integration“ im Fall der EU nähren. In tiefen Krisen wird jedoch die Stabilität erschüttert – und es kann zu Desintegrationstendenzen der Staatlichkeit kommen.

Kapitalistische Transformation und staatliche Desintegration im östlichen Europa

Die Krise und die Implosion des Staatssozialismus erschütterten auch die europäische Staatsordnung. In dieser veränderten Konjunktur nahm die erste Veränderung der Territorialität eines europäischen Staates die Form einer Integration ein. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) trat 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Damit war unmittelbar die erste Osterweiterung der EU verbunden, auch wenn diese Seite der deutschen Vereinigung öffentlich wenig thematisiert wurde. Diese Grenzänderung brach mit dem europäischen Nachkriegsprinzip der Unveränderlichkeit der Grenzen. Damit war die Pandora-Büchse territorialer Neuordnungen geöffnet.

Die nächsten Entwicklungen gingen in Richtung Desintegration. Sie betrafen die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Im Fall der Sowjetunion traten im Kontext von Krise und zunächst noch reformsozialistischer Debatten gegen Ende der 1980er Jahre erste desintegrative Tendenzen von den Rändern der Union aus ans Tageslicht. Die sowjetische Regierung reagierte darauf mit einer Debatte über eine Reform und Erneuerung der Sowjetunion sowie einem Referendum. Außer in einigen Sowjetrepubliken an den Rändern (Baltische Republiken, Armenien, Georgien und Moldawien) wurde das Referendum im März 1991 abgehalten. Bei 80%iger Beteiligung brachte es eine Zustimmung von 76,4% für den „Erhalt der Union der sowjetischen sozialistischen Republiken als erneuerter Föderation souveräner Staaten“ (Krejčí 2017: 249). Es kam aber kein Konsens über die Neuordnung der Sowjetunion zustande. Bezüglich der zur verfolgenden Wirtschaftspolitik entwickelten sich unterschiedliche Dynamiken in den einzelnen Sowjetrepubliken, so dass es auch hier keinen Konsens gab. Das Referendum hielt den Zerfall nicht auf. Im Kontext eines in Richtung kapitalistischer Transformation radikalisierten Kurses drängte die russische Führung unter Boris Jelzin, welche die ökonomischen Last der ärmeren Republiken loswerden wollte, auf eine Auflösung der Sowjetunion. Diese wurde im Dezember 1991 von den Republikführungen Russlands, der Ukraine und Belarus paktiert. Vereinzelt kam es zu Grenzstreitigkeiten und -konflikten (vor allem zwischen Armenien und Aserbaidschan). Zum Teil setzte sich die Desintegrationsdynamik innerhalb der unabhängig werdenden Republiken, meistens in Regionen mit einem speziellen Autonomiestatut, fort. In Russland selbst wurden diese Sezessionstendenzen teils mit militärischer Gewalt unterbunden. In einzelnen anderen Fällen spalteten sich Territorien ab, ohne eine internationale Anerkennung zu erlangen (z.B. Abchasien, Transdnistrien, erst 25 Jahre später die Republiken im Donezk). Solche Abspaltungen waren vor allem dort erfolgreich, wo sie die Unterstützung von zentralen lokalen Kräften, beispielsweise zentraler Unternehmen, besaßen (Zofka 2015).

In Jugoslawien war die tiefe ökonomische Krise der 1980er Jahre ebenfalls durch sich vertiefende Desintegrationstendenzen geprägt. Reformen der Verfassung und der staatlichen Organisation waren auch dort in der Diskussion, ohne dass ein Konsens gefunden werden konnte. In Jugoslawien setzte die reichste Republik, Slowenien, am deutlichsten auf den Bruch mit Jugoslawien. Hier gab es wie im Fall russischen Republikführung in der UdSSR den Wunsch, sich von den ärmeren Republiken zu lösen. Die slowenische Orientierung auf die EU wurde von ihrem wichtigsten Gegenspieler in Jugoslawien, der serbischen Republikführung nicht geteilt. Die Unabhängigkeits-

erklärung Sloweniens im Juni 1991 löste eine Desintegrationsdynamik aus, bei der es um die ethno-nationalistische Kontrolle bestimmter Territorien zu längeren militärischen Konflikten kam. Referenden wurden hier erst abgehalten, wenn die Separierungsbemühungen schon weit gediehen waren und dienten primär deren Legitimierung. Entsprechend hoch waren meist die Zustimmungsraten – allerdings wegen des serbischen Boykotts mit nur eingeschränkter Wahlbeteiligung in Bosnien und Herzegowina. Nur in Montenegro war die Zustimmung der Trennung von Serbien schwächer (vgl. Flere/Klanjšek 2017: 116, Tab. A). Die alten Republiksgrenzen wurden letztlich zu Staatsgrenzen, auch wenn es Separierungstendenzen in einzelnen Republiken gegeben hatte. Allein der Kosovo spaltete sich als frühere autonome Region mit hoher Autonomie in Jugoslawien von Serbien ab. Die Unabhängigkeitserklärung erfolgte 2008 einseitig. Kosovo ist international nur zum Teil als internationaler Staat anerkannt worden.

In der Tschechoslowakei gelang es nach der kapitalistischen Wende Anfang der 1990er Jahre nicht zu einem Konsens über eine neue staatliche Ordnung für den föderalen Staat zu gelangen. Es gab offenen Dissens zwischen dem tschechischen und slowakischen Landesteil über wichtige Aspekte der Transformationsstrategie, gleichzeitig waren führende politische Kräfte in beiden Landesteilen erpicht, die Kontrolle über die Privatisierung zu erreichen. Die im tschechischen Landesteil dominante Občanská demokratická strana (ODS) von Václav Klaus sah zudem in der ärmeren Slowakei eine ökonomische Belastung. Das Resultat war eine zwischen den beiden dominanten Parteien des tschechischen und slowakischen Landesteils paktierte Teilung der Tschechoslowakei (Becker 2006: 400 f.).

Das ideologische Terrain für diese Abspaltungen und Desintegrationsprozesse wurde meist von nationalistischen Angehörigen der kulturellen Intelligentsia bereitet (vgl. den Beitrag von Mihaljević in diesem Heft). Die treibende Kraft waren jedoch Sektoren unter den Leitern der (früheren) Staatsbetriebe und der technischen Intelligenz. Zentrales Motiv war die Kontrolle über die Privatisierungsprozesse (vgl. Jaitner 2014: 54 ff., Samary 2008: 56, Becker 2006: 400 f.) wie auch allgemeiner über die Transformationsstrategien. Unterstützung in den populären Klassen wurde zum Teil durch Schutzversprechen gesucht. Teils wurde die Verfestigung der nationalistischen Orientierung, wie in Teilen des früheren Jugoslawien, erst im militärischen Konflikt erreicht (vgl. Jović 2017). Die Teilungen erfolgten entlang bislang innerstaatlicher Grenzen und aufbauend auf bereits bestehende regionale politische Strukturen (Barša 1999: 96 ff.). In den sehr ungleich entwickelten Staaten Sowjetunion und Jugoslawien ging die für die Desintegration entscheidenden Initiativen von den reicheren Republiken aus, welche die „Last“ der ärmeren Regionen loswerden wollten. In der Tschechoslowakei gab es so eine solche Rationalität auf der tschechischen Seite, aber die Impulse zur Trennung kamen von beiden Seiten, zunächst sogar eher von slowakischer Seite.

Im Hinblick auf die Bildung oligarchischer Sektoren waren die Abspaltungsstrategien durchaus erfolgreich, teils entstanden aus den Privatisierungen auch andere Sektoren einheimischen Kapitals. Spätestens im Kontext von EU-Beitrittsverhandlungen bzw. Verhandlungen über Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen haben die Baltischen Ländern, die Tschechische Republik, die Slowakei sowie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens allerdings zunehmend auf die Anziehung von Auslandskapital gesetzt, das in Schüsselsektoren (v.a. Banken), aber auch Industrie dominante Stellungen erreichen konnte. Im post-sowjetischen Raum (mit der Ausnahme der Baltischen Staaten) ist die

Rolle des Auslandskapitals insgesamt geringer. Die Verschränkung oligarchischer Sektoren mit den staatlichen Strukturen ist im post-sowjetischen Raum (aber auch einem Teil der Nachfolgestaaten Jugoslawiens) auch heute noch stark ausgeprägt. Hierbei gibt es verschiedene Muster. In Russland hat der Staat zumindest ein gewisses Maß der Autonomie von einzelnen Oligarchen erreicht, während etwa in der Ukraine, Moldawien und Kirgistan Oligarchengruppen um die Kontrolle des Staatsapparates konkurrieren und deren Konkurrenz auch zur einer nur schwachen Konsolidierung der neokapitalistischen Staatsstrukturen geführt hat (vgl. Becker 2015). In Belarus und partiell auch in Zentralasien blieben hingegen stärkere (autoritäre) staatliche Kontrolle mit einer stärkeren entwicklungspolitischen Gesamtrationalität und nur sehr graduellen Transformationsstrategien erhalten (vgl. Myant/Drahokoupil 2011: 175, 312).

Zwischen Brüssel und Moskau: Re- und Desintegrationstendenzen

Seit 1991 gab es verschiedene Reintegrationsinitiativen in post-sowjetischen Raum. Aber erst nach der Konsolidierung des russischen Staates ab Ende der 1990er Jahre und einer stärkeren Orientierung Russlands auf eine autonome internationale Position Russlands, nachdem eine Politik einer stärkeren Westorientierung am westlichen Desinteresse gescheitert war, erhielten russischen Initiativen einer partiellen Reintegration im post-sowjetischen Raum eine stärkere Konsistenz und geographische Fokussierung (de Tinguay 2008: 72 f.). Die bisher konsistenteste Initiative war die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), deren Mitglieder Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan sind. Diese Union ist stark durch Russland dominiert (vgl. den Beitrag von Julia Eder in diesem Heft). Für den Beitritt gab es unterschiedliche Mischungen ökonomischer und politischer Interessen, wobei ökonomische Interessen stärker in den ökonomisch stärker entwickelten und industrialisierten Republiken (teils Russland, besonders Belarus) ins Gewicht fallen. Ursprünglich hatte die russische Regierung eine breitere Mitgliedschaft der EAWU angestrebt. Besonders ging es ihr um den Beitritt der Ukraine, auch Moldawien galt als potenzieller Mitgliedskandidat. In Konkurrenz zum Projekt der entstehenden EAWU suchte die EU ihre Einfluss-Sphäre im post-sowjetischen Raum – namentlich Armenien, Aserbaidshjan, Belarus, Georgien, Moldawien und der Ukraine – durch den Abschluss von Assoziationsabkommen auszudehnen. Deren Kern besteht in Freihandelsabkommen und der Übernahme von EU-Normen in ausgewählten Bereichen. Die EU schnitt die geplanten Abkommen bewusst auf die Schaffung einer konkurrierenden Alternative zu, so dass die beiden Projekte – EAWU und EU-Assoziationsabkommen – „sich wechselseitig ausschließen“ (Sadowski 2013: 29). Belarus und Kasachstan gehörten zu den vorbereitenden Betreibern der EAWU, Aserbaidshjan hielt Distanz zu beiden Initiativen. Georgien optierte angesichts des angespannten Verhältnisses zu Russland für ein EU-Assoziationsabkommen. Komplizierter war die Konstellation in der Ukraine und in Moldawien. Hier gab es divergente ökonomische Interessenlagen zwischen den Oligarchen und damit verbunden unterschiedliche geopolitische Orientierungen der politischen Kräfte (vgl. Plank 2014). In der Ukraine eskalierte der Konflikt um das EU-Assoziationsabkommen bis zu Massendemonstrationen und einen politischen Umsturz, aus dem das Pro-EU-Lager Anfang 2014 als Sieger hervorging. Als Reaktion auf die Pro-EU-Orientierung der Ukraine verstärkte Russland

den Druck. Paramilitärische Kräfte besetzten die Krim, wo hastig ein Referendum über den Anschluss an Russland anberaumt wurde. Unter äußerst irregulären Bedingungen ging dieses zugunsten des Anschlusses an Russland aus. Damit wurde diese frühere Republik-Grenze und jetzige Staatsgrenze faktisch revidiert. Die Ukraine erkennt den Anschluss der Krim an Russland nicht an. Im Donezk, einer schwerindustriell geprägten Region in der Südost-Ukraine mit engen ökonomischen Bindungen an Russland und einer überwiegend russisch-sprachigen Bevölkerung, kam es ebenfalls zu Separationstendenzen. Separatistische Kräfte hatten Unterstützung aus Russland, aber, wie Ishchenko (2014: 28) betont, auch eine lokale Basis. Im Donezk gründeten die separatistischen Kräfte zwei „Volksrepubliken“, die international nicht anerkannt sind. Auch heute noch gibt es noch Schießereien an der Grenze, die mit der Covid-Epidemie immer hermetischer geschlossen wurde. Konkurrierende regionale (Re-)Integrationsprojekte haben mithin der Ukraine zur partiellen territorialen Desintegration geführt. Das ukrainisch-russische Verhältnis ist sehr angespannt, in der Ukraine zeigen die Regierungen verstärkte ukrainisch ethno-nationalistische Verhärtungen, die sich auch in der bewussten Zurückdrängung der russischen Sprache zeigen. Auch in Russland bekam die Politik in Gefolge des Ukraine-Konfliktes und der darauf folgenden westlichen Sanktionspolitik einen zunehmend nationalistischen Anstrich. Im kleineren und geopolitisch weniger bedeutenden Moldawien führten die Spannungslinien nicht zu einer derartigen Eskalation des Konfliktes. Auch Moldawien unterzeichnete 2014 ein Assoziationsabkommen mit der EU. Dort ist es aufgrund der sozio-strukturellen Veränderungen und der starken Emigration in die EU, die durch die leichte Zugänglichkeit rumänischer Pässe für MoldawierInnen erleichtert wird, in den letzten Jahren zu einer eindeutigeren Pro-EU-Positionierung der Bevölkerung gekommen. Bei den Parlamentswahlen im Juli 2021 strömten die EmigrantInnen in großer Zahl in die Auslandsvertretungen Moldawiens, um für liberale Pro-EU-Kräfte ihre Stimme abzugeben (Lauterbach 2021: 7). Die Baltischen Länder suchten von Anfang an enge Bindungen an die EU und traten dieser 2004 bei.

Die zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind weiter eng mit Russland verbunden, verfolgen aber – mit Ausnahme Kasachstans und Kirgistans – einen autonomen politischen Kurs (Levystone 2021).

Mithin ist es zu einer politischen Fragmentierung des post-sowjetischen Raums in eine russische Einflusszone, eine Gruppe autonomer Staaten, eine EU-Einflusszone (im Fall der Ukraine mit inneren Separierungstendenzen) und eine kleine Gruppe von EU-Mitgliedern gekommen.

Im Fall Jugoslawiens war Slowenien mit den engsten ökonomischen Westverbindungen unter den jugoslawischen Republiken am eindeutigsten auf eine EU-Mitgliedschaft orientiert – und trat als erster jugoslawischer Nachfolgestaat der EU 2004 bei. In Serbien hielt die Regierung von Slobodan Milošević hingegen auf Distanz zur EU. Somit war auch die Frage einer eventuellen EU-Mitgliedschaft ein Element in der jugoslawischen Desintegrationsdynamik. Aufgrund einer eigenständigen außenpolitischen Orientierung wurde das Milošević-Regime von der EU, aber auch den USA zunehmend als geopolitischer Störfaktor wahrgenommen. Die Spannungen mit den westlichen Ländern kulminierten 1999 im NATO-Bombardement Serbiens, als sich der Konflikt im Kosovo wieder einmal verschärft hatte. Die zahlreichen militärischen Konflikte mit serbischer Involvierung und die internationalen Sanktionen führten zur Erosion der

sozialen Basis des Milošević-Regimes. Die oppositionellen Kräfte, welche Unterstützung aus westlichen Ländern genossen, kamen unter dramatischen Umständen im Jahr 2000 an die Regierung. Auch in Kroatien gab es nach dem Tod des Staatspräsidenten Franjo Tuđman eine leichte Abschwächung des ultra-nationalistischen Kurses. Mit der schrittweisen Beendigung der militärischen Desintegrationskonflikte und der Abschwächung ultranationalistischer Tendenzen kam allmählich eine Dynamik der Aushandlung von Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen zwischen der EU und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die offiziell einen vorbereitenden Schritt in Richtung auf eine EU-Mitgliedschaft darstellen sollen (vgl. Becker 2008: 17 ff.), in Gang. Beigetreten ist dann nur noch 2013 Kroatien – als bislang letztem EU-Erweiterungsschritt. Offiziell gilt die Beitrittsperspektive für die anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten weiterhin, real ist sie aufgrund der inneren Krise der EU und zunehmender Vorbehalte gegen weitere Erweiterungen bei einigen westeuropäischen EU-Ländern äußerst fraglich (vgl. FAZ 2021: 5). Damit verläuft die EU-Außengrenze bis auf Weiteres durch den post-jugoslawischen Raum. Der Großteil der post-jugoslawischen Nachfolgestaaten verbleibt in der äußeren EU-Einfluss-Sphäre. Seit Ende 2019 wird die Idee eines „Mini-Schengen“ dieser Nachfolgestaaten und Albaniens als eigenem Integrationsansatz in der Region ventiliert – allerdings bislang kaum mit konkreten Schritten (Muminović 2020). Die politischen Beziehungen zwischen den potenziell Beteiligten sind kompliziert, besonders zwischen Serbien und dem vom Serbien nicht-erkannten Kosovo. Erkennbar ist eine Diversifizierung der Außenbeziehungen dieser Staaten Richtung Russland, China oder auch Türkei. Durch die Dauerposition auf der Wartebank ist das Beitrittsversprechen der EU desavouiert – und dementsprechend sind auch deren Einflussmöglichkeiten geringer geworden. Diese zeigt an, dass auch die Ausdehnung der EU-Einfluss-Sphären an Möglichkeitsgrenzen gestoßen ist. Diese Möglichkeitsgrenzen sind stark durch die innere Krisendynamik der EU gesetzt, die im Gefolge der großen Finanzkrise auch Desintegrationstendenzen einschließt.

Integrations- und Desintegrationstendenzen der EU

Die Desintegration der Sowjetunion und damit auch die Auflösung der sowjetischen Einfluss-Sphäre im Übergang zum Kapitalismus hatten der EU allerdings zunächst die Möglichkeit der Ausweitung erst ihrer Einfluss-Sphäre und dann ihrer Territorialität ins östliche Europa eröffnet. Durch die sukzessiven Osterweiterungen ist die EU sozio-ökonomisch deutlich heterogener geworden. Ihre Vertiefung ist abgestuft und asymmetrisch verlaufen. Es ist zu einer deutlich stärkeren Zentralisierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Eurozone gekommen, während die Nicht-Eurozonen-Ländern in der EU an Einfluss verloren haben, gleichzeitig aber größere Autonomie bewahrten. Die Bedeutung dieser inneren monetären Grenze ist durch die Dynamik von Krise und Krisenbearbeitung seit der großen Krise von 2008 ff. akzentuiert worden.

Die große Finanzkrise von 2008 ff. hat in der EU Desintegrationsdynamiken in Gang gesetzt. Zunächst traten diese in der Eurozone auf. Die Eurozone hatte ungleiche Entwicklungsmuster verfestigt. Die von Desindustrialisierung betroffene südeuropäische Peripherie der Eurozone war durch hohe Leistungsbilanzdefizite und hohe Kapitalimporte sehr krisenverwundbar. Wie selbst Luuk van Middelaar, ein liberaler im gram-

scianischen Sinne „organischer Intellektueller“ der EU (Anderson 2021: 70), einräumt, war die Eurozone weder institutionell noch konzeptionell adäquat auf eine Krise vorbereitet (van Middelaar 2017: 33). Die EU-Institutionen reagierten auf die Krise spät, dann aber einer besonders harschen orthodoxen Strukturanpassungspolitik, die auf Schwächung der Binnennachfrage und Importe durch Austeritätspolitik und institutionelle neoliberale Reformen setzte. Begleitend hierzu wurde ein neues Dispositiv der Krisenbekämpfungspolitik geschaffen. Dieses schloss die Schaffung von mit Konditionalität verbundenen Kreditnotfonds, erst die European Financial Stability Facility (EFSF), dann den European Stability Mechanism (ESM), ein. Spitzenpersonal der EU machte in zwei Schlüsselländern der Eurozonen-Krise – Griechenland und Italien – in kritischen Momenten hinter den Kulissen Druck, um als unzuverlässig geltende Premierminister durch EU-affine neoliberale Finanztechnokraten auszutauschen (vgl. Streeck 2021: 340). Diese Interventionen brachten aber nicht die von der EU erhofften Resultate. In Griechenland erstarkte durch ihren Widerstand gegen die Austeritätspolitik die Linke, und 2015 bildete die linke Syriza mit einer kleinen nationalkonservativen, aber ebenfalls austeritätskritischen Partei die Regierung. Im Konflikt über die Austeritätspolitik schlug der deutsche Finanzminister der griechischen Regierung vor, als Alternative vorübergehend aus der Eurozone auszuschneiden (vgl. Varoufakis 2017: 407). Damit war die Frage eines ersten Desintegrationsschritts der Eurozone auf der Tagesordnung. Eine Minderheit in Syriza war für ein Verlassen der Eurozone, um wirtschaftspolitische Spielräume wiederzugewinnen. Mehrheitlich schreckte Syriza vor einem solchen Schritt, der auch nicht vorbereitet worden war, zurück und akzeptierte unter starkem äußeren Druck der Eurozonenländer und der EZB die Austeritätspolitik. Für radikalere Kräfte auf der Linken zeigte das Exempel, das an Griechenland statuiert wurde, auf, wie eng der Raum für alternative Politik, speziell in der Eurozonen-Peripherie, ist. In Teilen der Linken verstärkte sich damit die kritische Haltung zur Eurozone. In Italien kommt die Kritik an der Eurozone, hingegen eher von rechts, zeitweise speziell von der Lega (Weissenbacher 2015: 83 f.). Sie hat nicht zuletzt im exportorientierten Klein- und Mittelkapital eine Basis. Die Eurozonen-Mitgliedschaft in Italien steht im Widerspruch zu zentralen Elementen des italienischen Industriemodells und hat zu anhaltender Stagnation, im Süden Regression, geführt. Damit ist diese Spannungslinie in Italien latent vorhanden – und kann in verschärften Krisensituationen leicht eine kritische Dimension annehmen. Die dominanten Kräfte in der EU waren zwar bislang in der Lage, die Eurozonen-Peripherie in der Krise zu disziplinieren, aber die Krisenbearbeitungsmechanismen der Eurozone sind trotz Veränderungen unzureichend und die Spannungslinien bestehen fort. Die ultralockere Geldpolitik hat international die Krisenanfälligkeit des Finanzbereichs weiter erhöht.

Für Länder außerhalb der Eurozone hat die Eurozonenkrise die institutionelle Labilität der Eurozone und die Schwäche von deren Krisenbearbeitungsmechanismen aufgezeigt. Für wichtige Länder außerhalb der Eurozone, wie Großbritannien, Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik, wurde ein Beitritt zur Eurozone noch unattraktiv. Gleichzeitig wurden sie durch die Zentralisierung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone auf dem wirtschaftspolitischen Feld ein Stück weit marginalisiert, was vor allem für Großbritannien einen realen Bedeutungsverlust in der EU darstellte. Zudem war die britische Regierung mit den deutschen und französischen Vorstellungen der Regulierung des Finanzsektors nicht einverstanden (vgl. Lemaire 2021). Damit gewan-

nen die auf einen EU-Austritt orientierten Kräfte im Vereinigten Königreich an Terrain. Auf diesen Druck reagierte der britische Premier Cameron mit dem Ausrufen eines Referendums über die EU-Mitgliedschaft. Damit war ein erster Desintegrationsschritt in der EU als Möglichkeit unmittelbar auf der Tagesordnung. Diesmal war die Spaltungslinie Eurzone/Nicht-Eurozone relevant. Den dominanten Sektoren, die auf einen Brexit orientiert waren, ging es um die Erweiterung ihrer Normsetzungsspielräume, um durch noch radikalere Liberalisierungen ihre internationalen Akkumulationsstrategien zu fördern (Grahl 2017: 79). Unter der Formel, die nationale Kontrolle wiederzugewinnen, vermochten sie auch große populäre Sektoren für ein Brexit-Votum zu gewinnen. Dieses hatte im Referendum 2016 die Nase knapp vorn. In den letzten Wochen sind aus den rechtsnationalistischen Lager in Ungarn und Polen zunehmend kritische Stimmen laut geworden. Die EU hat inzwischen informell die Vorschläge der beiden Länder für ihre nationalen Programme für den EU-Wiederaufbauplan wegen Differenzen in der Frage der Rechtsstaatlichkeit auf Eis gelegt – eine Art informeller Sanktionierung. Dies trifft den Kern der polit-ökonomischen Projekte von Fidesz und PiS, die Förderung des einheimischen Kapitals. Damit gibt es einen neuen potenziellen Herd einer Austrittsdiskussion außerhalb der mit schärferen monetären Disziplinierungsmaßnahmen bewehrten Eurozone. Diese Debatte könnte aber auch eine Richtung nehmen, die darauf zielt, in die EU hineinzuwirken. Denkbar ist, dass die ungarischen und polnischen Rechtsregierungen sich zum Kern der Herausbildung einer Gruppe von Ländern entwickeln, die auf eine eher konföderale Weiterentwicklung der EU mit einer Stärkung der nationalen Regierungen und einer stärkeren Beschränkung des EuGH-Mandats drängen. Wären derartige Bemühungen erfolgreich, würde das auch die Spannungen in der EU verstärken. In Ungarn und Polen zeichnet sich ab, dass die EU ein Wahlkampfthema werden könnte. In Ungarn stehen die Wahlen bereits im Frühjahr 2022 an. Die Oppositionskräfte laden das Thema symbolisch und geopolitisch auf: „den Kampf von West und Ost, Demokratie und Autokratie“, wie es der liberale ungarische Intellektuelle Bálint Magyar jüngst in einem Gespräch fasst (in Sándor 2021:16). Die Überschrift des Gesprächs heißt dementsprechend: „Huxit: eine Frage von Leben und Tod“ (Sándor 2021).

Ähnlich wie im Fall der osteuropäischen Länder vor drei Jahrzehnten hat bei der EU eine große Krise Spannungslinien zu ersten Desintegrationstendenzen verschärft. Strukturelle Ansatzpunkte bestehen ähnlich wie bei Jugoslawien und der Sowjetunion in ungleichen Entwicklungsmustern und dezentraler Staatlichkeit. Beim Brexit ging es nicht zuletzt auch für Wirtschaftsinteressen darum, durch eine Abspaltung einen direkteren Zugriff auf staatliche Entscheidungszentren zu gewinnen, um die favorisierten Akkumulationsstrategien durchsetzen zu können. Darin ist ebenfalls eine gewisse Parallele zu den früheren osteuropäischen Fällen zu sehen. Gleichzeitig gibt es aber auch wichtige Unterschiede. Die Desintegrationsdynamik in der EU ist entlang einer inneren institutionellen Grenzlinie zwischen den Ländern innerhalb und außerhalb der Eurozone ausdifferenziert. Der Austritt ist außerhalb der Eurozone leichter als innerhalb. Das ist zumindest eine Teilerklärung dafür, dass – im Gegensatz zur Sowjetunion und Jugoslawien – bislang nur zu einem Austritt aus der EU gekommen ist. Die Frage Zentrum-Peripherie hat bei desintegrativen Tendenzen in der EU primär innerhalb der Eurozone eine Rolle gespielt, zum Bruch ist entlang dieser Linie aber noch nicht gekommen.

Im Fall des Vereinigten Königreichs hat der Brexit inneren Desintegrationstendenzen neuen Auftrieb gegeben. Die schottischen NationalistInnen aktualisieren ihre Forde-

rung nach einem erneuten Unabhängigkeitsreferendum damit, dass die SchottInnen beim EU-Referendum mehrheitlich für den Verbleib bei der EU gestimmt hätten und somit ein neues Votum über die Zugehörigkeit zum Vereinigten Königreich erforderlich sei. Für Nordirland hat das Post-Brexit-Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich eine komplizierte Lage geschaffen, welche einen Anschluss an Irland zumindest als Möglichkeit erscheinen lässt (vgl. den Beitrag von Dieter Reinisch in diesem Heft). In Katalonien hat die große Krise von 2008 ff. starke Spuren hinterlassen und die katalanische NationalistInnen verstärkt nach einer Unabhängigkeit streben lassen (vgl. den Beitrag von Carlos González-Villa in diesem Heft). Gleichzeitig haben die spanischen NationalistInnen durch eine intransigente Haltung die Radikalisierung des katalanischen Nationalismus mitprovoziert. Hier ist die Spaltungslinie reiche Region – ärmere Regionen bei der Desintegrationsdynamik unverkennbar. Die katalanische NationalistInnen wollen in der EU verbleiben. Von Seiten der EU haben sie allerdings keine Unterstützung. Die EU-Institutionen haben kein Interesse daran, innerhalb ihrer Mitgliedstaaten Desintegrationstendenzen zu ermutigen. Das würde eine Pandora-Büchse öffnen.

Die Beiträge in diesem Heft

Die Beiträge dieses Heft heben auf die polit-ökonomische Faktoren bei Integrations-, Desintegrations- und Reintegrationsdynamiken ab. Große Krisen bringen die territoriale Ordnung in Bewegung. Die Beiträge setzen dieses konjunkturelle Krisenmoment ins Verhältnis zu strukturellen Bedingungen der Desintegration und Reintegration. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich – speziell bei der Europäischen Union – eher auf die Integration als auf die Desintegration konzentriert. Dieses Heft nimmt einen Perspektivwechsel vor. Hier steht hingegen die Desintegration im Vordergrund, aber es werden auch Reintegrationsversuche, die dialektisch mit der vorhergehenden Desintegration verbunden sind, analysiert. Dabei werden verschiedene territoriale Ebenen der Staatlichkeit diskutiert.

Im ersten Beitrag spürt Felix Jaitner der Desintegrationsdynamik in der Sowjetunion nach. Die konventionellen Erklärungen stellen primär auf das Aufkommen nationalistischer Bewegungen und das politische Scheitern der Reformbestrebungen Gorbatschows ab. Felix Jaitner bringt die Desintegration hingegen in Zusammenhang mit den vielfältigen ökonomischen, politischen und ökologischen Krisenprozessen in den späten 1980er Jahren, die sich zu Konflikten um das sowjetische Entwicklungsmodell verdichteten. Die Unabhängigkeitsbestrebungen sind für ihn eine Reaktion auf die immer deutlichere Weigerung dominanter Kräfte in Russland, weiterhin die sowjetische Peripherie materiell zu unterstützen. Damit ist aus seiner Sicht die russische politische Dynamik zentral für die Auflösung der Sowjetunion. Für Jaitner wirken die Zerfallsprozesse der Sowjetunion und die kapitalistische Transformation bis in die heutige Zeit beispielsweise in Form vertiefter regionaler Polarisierung und chronischer gesellschaftlicher Instabilität fort.

Mit der Rolle Russlands im avanciertesten Projekt einer Reintegration im post-sowjetischen Raum, der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), setzt sich Julia Eder auseinander. Die EAWU weist große Asymmetrien zwischen Russland und den anderen

Mitgliedstaaten auf. Julia Eder arbeitet einerseits zentrale Aspekte dieser Asymmetrie auf und diskutiert andererseits den politischen Umgang mit den Asymmetrien in der EAWU.

Domagoj Mihaljević setzt sich mit der politischen Ökonomie der Desintegration Jugoslawiens auseinander. Er arbeitet heraus, welche Probleme die Führung des staatssozialistischen Jugoslawien hatte, mit den sich verändernden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Rande zu kommen. Die Zahlungsbilanz- und Verschuldungskrise der 1980er Jahre spitzte die ökonomischen Probleme, regionalen Differenzierungen und zentrifugalen Tendenzen zu. Mihaljević arbeitet die Dialektik sich zuspitzender Verteilungskämpfe und der Produktion nationalistischer Narrative durch nationalistische Intellektuelle auf. Speziell in Slowenien und Kroatien hätten nationalistische Bewegungen im Kontext einer angestrebten „Europäisierung“ auch danach gestrebt, „die Konsistenz und Homogenität der europäischen Nationalstaaten zu reproduzieren“. Zentrale Träger der nationalistischen Bewegungen sind für Mihaljević die Mittelklassen. Die jugoslawischen Desintegrationsprozesse schufen aus Sicht von Mihaljević „post-koloniale Staaten“ der europäischen Peripherien, die durch formale Souveränität, reale Abhängigkeit und starke innere Ungleichheit gekennzeichnet sind.

Carlos González-Villa vergleicht die Fälle der Abspaltungsversuche Sloweniens vor drei Jahrzehnten und Kataloniens im letzten Jahrzehnt. In beiden Fällen handelt es sich um Abspaltungsversuche reicher Regionen. Slowenien gilt für die katalanischen NationalistInnen vielfach als Vorbild. Doch im Gegensatz zu Slowenien waren die katalanischen NationalistInnen bislang nicht erfolgreich. Aus einer gramscianischen Perspektive vergleicht González-Villa die beiden Separierungsbewegungen. Er versteht die separatistische Bewegung im Sinne Gramscis als eine Variante der „passiven Revolution“, bei der Kräfte des dominanten Blocks in einer Hegemoniekrise den „historischen Block“ auf eine neue Basis stellen, um die Reproduktion grundlegender Verhältnisse zu ermöglichen. Im Falle Sloweniens wäre das allerdings nicht als simple Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, da es zu einer Systemtransformation kommt. Hier geht es González-Villa vielmehr darum, dass zentrale bisher dominante Kräfte ihre dominante Rolle auch unter den veränderten kapitalistischen Verhältnissen reproduzieren konnten. In Slowenien gelang ihnen die Bildung eines kompakten sozialen Blocks, der die Unabhängigkeit befürwortete und auch zentrale Positionen im Staatsapparat für die Durchsetzung der Unabhängigkeit nutzen konnte. In Katalonien hingegen brachte die Radikalisierung der autonomistischen Bewegung Richtung Unabhängigkeit hingegen eine Zersplitterung der Kräfte hervor. Die Unabhängigkeitsbewegung vermochte keinen breiten sozialen Konsens über die Unabhängigkeit hervorzubringen, und der Zentralstaat konterkarierte erfolgreich die Unabhängigkeitsinitiativen der katalanischen Regionalregierung.

Im Vereinigten Königreich spaltete der Brexit nicht nur die Rechte, sondern auch die Linke. **Johanna Bussemer** spürt den Schwierigkeiten der Labour Party nach, sich zum Brexit zu positionieren. In dieser Zeit war es der Linken in der Labour Party gelungen, die Partei zu deutlicheren linken Positionierungen zu gewinnen. Damit gewann die Labour Party unter der Führung von Jeremy Corbyn zunächst auch deutlich an Terrain. In der Frage zum Brexit waren jedoch sowohl die AktivistInnen als auch die WählerInnenschaft stark gespalten. Unter dem Druck der Remainer und nach diversen Manövern ging die Labour Party mit dem Vorschlag in die Wahlen, ein zweites Refe-

rendum abzuhalten. Damit überzeugte die Partei nicht, wie Bussemer aufzeigt. Sie verlor in vielen Hochburgen im Norden Englands, wo es ein starkes Votum für den Brexit gegeben hatte. Der Brexit hatte auch Konsequenzen für die Kohäsion des Vereinigten Königreichs. Dieter Reinisch vertritt in seinem Beitrag die These, dass der Brexit zentrifugale Tendenzen im Vereinigten Königreich gestärkt hätte. Besonders starke unmittelbare Auswirkungen hat der Brexit in Nordirland. Dort hatte die Bevölkerung mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt und wirkt der Brexit bis in das Alltagsleben hinein. Aus der veränderten politischen Dynamik heraus ist für Reinisch eine irische Wiedervereinigung denkbar geworden. Auch in Schottland hatte eine Mehrheit für die weitere EU-Mitgliedschaft gestimmt. Hier hat der Brexit der Unabhängigkeitsbewegung neuen Schwung gegeben. Mithin hat der Brexit desintegrative Tendenzen im Vereinigten Königreich verstärkt.

Abschließend spannt Joachim Becker den Bogen zwischen der Desintegrationsdynamik Jugoslawiens vor etwa drei Jahrzehnten und der heutigen Desintegrationsdynamik in der EU, die ein erste konkrete Konsequenz im Brexit hatte. Er stellt heraus, dass in beiden Fällen tiefe Krisen die Desintegrationsdynamiken in Gang setzten, ungleiche Entwicklungsmuster und dezentrale Staatlichkeit Ansatzpunkte für Separierungsbestrebungen boten. Gleichzeitig sind in den Mustern der ungleichen Entwicklung und den Formen der Staatlichkeit auch wichtige Unterschiede erkennbar. In Jugoslawien radikalisierte sich eine langjährige Dezentralisierungstendenz zur Desintegration, als die Vorstellungen über die Wege aus der Krise und die Reform der Föderation immer weiter auseinanderliefen. Die EU sieht Joachim Becker als eine Form des spätkapitalistischen Imperiums mit stärkeren Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber der Peripherie und einer gleichzeitigen institutionellen Ausdifferenzierung. In der Krise wurde die institutionelle Ausdifferenzierungen zwischen Ländern innerhalb und außerhalb der Eurozone auch zu einer Differenzierungslinie in der Desintegrationdynamik. Auf beiden Seiten der Differenzierungslinie kam es zu Desintegrationstendenzen. In der Eurozone wurden diese in der Peripherie – nicht zuletzt über monetäre Mechanismen – diszipliniert, außerhalb der Eurozone führten der Dissens über die Regulierungen des Finanzsektors und die Marginalisierung der Nicht-Eurozonen-Länder im Krisenmanagement aber zum Austritt Großbritanniens. Damit ist die Desintegrationsdynamik in der EU – anders als in Jugoslawien – erst einmal begrenzt worden. Grundlegende Faktoren der Desintegrationstendenzen bestehen – gerade auch in der Eurozone – weiter. Die permanente ökologische Zerstörung, die in der kapitalistischen Dynamik angelegt ist, lässt für die nächsten Jahre eine zunehmende – teils ökologische grundierte – Krisendynamik erwarten. Damit ist auch ein Wiederaufleben von Desintegrationsdynamiken in der EU durchaus wahrscheinlich.

Literatur

- Anderson, Perry (2021): *Ever Closer Union? Europe in the West*. London/New York.
- Barša, Pavel (1999): Národnostní konflikt a plurální identita. In: Barša, Pavel/Strmiska, Maxmilián: *Národní stat a etnický konflikt*. Brno, 9–172.
- Becker, Joachim (2006): Transformation, soziale Unsicherheit und der Aufstieg der Nationalkonservativen. Kontrastfälle aus Zentralosteuropa. In: *Prokla*, 36(3), 397–417.
- Becker, Joachim (2008): Der Drang nach Osten: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategien. In: *Kurswechsel*, Nr. 4, 5–29.
- Becker, Joachim (2015): Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus. In: *Prokla*, 45(3), 409–432.
- de Tinguy, Anne (2008): *L'empire: un enjeu stratégique majeur*. In: de Tinguy, Anne (Hg.): *Moscou et le monde. L'ambition de la grandeur: une illusion?* Paris, 55–85.
- FAZ (2021): Ein größerer Trostpreis für den Westbalkan. In: *Frankfurter Allgemeine*, 6.10., 5.
- Flere, Sergej/Klanjšek, Rudi (2017): Da li je Jugoslavija umre... Ili kako su etničke komunističke elite kontinuitetom svojih svađa dovele do neizbežnog kraja SRFJ. Belgrad.
- Hladnik-Milharčič, Ervin (2021): Še ena Evropska unija. In: *Dnevnik*, 2.8., 12.
- Jović, Dejan (2017): Rat i mit. Politika identiteta u suvremenoj Hrvatskoj. *Zaprešić*.
- Ishchenko, Volodymyr (2014): Ukraine's Fractures. In: *New Left Review*, Second Series, Nr. 87, 7–33.
- Krejčí, Oskar (2017): *Geopolitika Ruska*. Prag.
- Lauterbach, Reinhard (2021): Schaumschlägerei in Moldau. In: *Junge Welt*, 13.7., 7.
- Lemaire, Frédéric (2021): Diversity among British, French and German financial systems and regulatory preferences. Paper für den Workshop von Maison de des Sciences de l'homme Paris Nord/Universität Graz – Center for Southeast European Studies: The European spaces of regulation and capital accumulation at the age of global disturbances, 30.9.
- Levystone, Michaël (2021): Russie et Asie centrale à la croisée de chemins. Des survivances soviétiques à l'épreuve de la mondialisation. Paris.
- Muminović, Emina (2020): Mini-Schengen, Regional Economic Area and Common Regional Market: What is what? In: *Western European Balkans*, 15.12 (<https://europeanwesternbalkans.com/2020/12/15/mini-schengen-regional-economic-area-and-common-regional-market-what-is-what/>; 19.10.2021).
- Myant, Martin/Drahokoupil, Jan (2011): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe and Central Asia*. Hoboken.
- Plank, Christina (2014): Die ‚innere‘ Dimension des Ukraine-Konflikts. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 83–88.
- Sadowski, Rafał (2013): Partnerstwo w czasach kryzysu. Wyzwania dla integracji europejskiej państw Europy Wschodniej. *OSW Punkt Widzenia*, Nr. 36. Warschau.
- Samary, Catherine (2008): *Yougoslavie de la décomposition aux enjeux européens*. Paris.
- Sándor, Szénási (2021): Huxit: élet-halál kérdés – Beszélgetés Ara-Kovács Attilával, Magyar Bálinttal, Farkas Zoltánnal és Sz. Bíró Zoltánnal. In: *Mozgó Világ*, Nr. 10, 3–22.
- Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin.
- van Middelaar, Luuk (2017): *De nieuwe politiek van Europa*. Groningen.
- Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room. My Battle with Europe's Deep Establishment*. London.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Keine andere Welt, nur ein anderes Europa. Die Lega Nord am rechten Weg. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 81–87.
- Zofka, Jan (2015): Postsowjetischer Separatismus. Die pro-russländischen Bewegungen im moldauischen Dnjestr-Tal und auf der Krim 1989–1995. Göttingen.